

Beitragsordnung
der Rechtsanwaltskammer für den Oberlandesgerichtsbezirk Hamm

Beschlossen gemäß § 89 Abs. 2 Nr. 2 BRAO in der Kammerversammlung vom 14. April 2010

§ 1

Die Kammerversammlung setzt die Höhe des Mitgliedsbeitrags für das auf den Versammlungszeitpunkt folgende Kalenderjahr fest. Beitragspflichtig ist jedes Kammermitglied. § 3 bleibt unberührt.

§ 2

1. Der Mitgliedsbeitrag ist ein Jahresbeitrag.
2. Er wird im Voraus zu je ½ am 1. Werktag eines jeden Kalenderhalbjahres fällig.
3. Beginnt die Mitgliedschaft im Laufe eines Kalenderjahres, dann wird der Beitrag ab dem 1. des auf den Beginn der Mitgliedschaft folgenden Kalendermonats geschuldet und für das jeweils laufende restliche Kalenderhalbjahr fällig. Der Beginn der Kammermitgliedschaft bestimmt sich nach § 12 BRAO.

§ 3

Von der Beitragspflicht befreit sind Kammermitglieder, die

- a) ein öffentliches Amt im Sinne des § 47 Abs. 2 BRAO bekleiden,
- b) Mitglieder des Bundes- oder Landtages sind, sofern für sie nicht ein Vertreter gemäß § 47 Abs. 1 S. 2 BRAO bestellt ist.

Die Befreiung beginnt mit dem 1. des auf den Eintritt des Befreiungstatbestandes folgenden Kalendermonats. Sie endet mit Ablauf des Monats, in dem der Befreiungstatbestand wegfällt.

§ 4

1. Ein Kammermitglied, das wirtschaftlich nicht in der Lage ist, den Mitgliedsbeitrag ganz oder teilweise zu zahlen, kann einen Stundungs- oder Erlassantrag stellen.
2. Der Antrag ist schriftlich zu begründen. Hierbei sind insbesondere die wirtschaftlichen Verhältnisse des Antragstellers darzulegen und die insoweit maßgeblichen Unterlagen vorzulegen.
Über einen Stundungs- oder Erlassantrag entscheidet das Präsidium. Es kann seine Entscheidungsbefugnis generell oder im Einzelfall jederzeit widerruflich auf den Schatzmeister übertragen.

§ 5

1. Die Beitragspflicht endet bei einem Wechsel in eine andere Rechtsanwaltskammer mit Ablauf des Kalendermonats, in dem die Aufnahme in die andere Rechtsanwaltskammer erfolgt.
2. Die Beitragspflicht endet auch mit Erlöschen der Zulassung nach § 13 BRAO zum Ende des Kalendermonats.
3. Die Beitragspflicht endet im Falle des Todes des Kammermitglieds oder bei Gesellschaften im Falle der Auflösung derselben mit Ablauf des Kalendermonats, in dem das jeweilige Ereignis eintritt.
4. Der nach Monaten zu viel entrichtete Beitrag ist dem ausgeschiedenen Kammermitglied oder bei dessen Tod seinem Rechtsnachfolger zu erstatten. Bei Auflösung der Gesellschaft erfolgt die Erstattung an die vormaligen Gesellschafter.

§ 6

Diese Beitragsordnung tritt am 1. Januar 2011 in Kraft.*